

Unsere Lebensgrundlagen Boden, Luft, Wasser und Lebensmittel werden zunehmend mit Schadstoffen belastet

Verantwortlich dafür sind Industrien, die Atomkraft, Gentechnik, Chemie und Nanotechnologie betreiben, sowie auch die Pharma- und Rüstungsindustrie. Zu dieser Entwicklung tragen fehlgeleitete politische Entscheidungen bei. Die Konzerne machen große Profite, bringen die Menschen in finanzielle Abhängigkeit und tragen zum sozialen Abstieg und möglichen Erkrankungen der Bevölkerung bei.

Weltweit ist das Problem der Entsorgung atomarer Abfälle nicht gelöst. In Deutschland erlaubt die Strahlenschutzverordnung vom 1. August 2001 die nahezu unbegrenzte Freisetzung radioaktiver Abfälle in den Umwelt- und Lebensbereich. Seit Dezember 2003 sind 100 Becquerel (Bq) radioaktives Tritium pro Liter Trinkwasser erlaubt (1). Der natürliche Tritiumgehalt pro Liter Trinkwasser beträgt 0,4-0,5 Bq (2).

Zur Zeit werden städtische und kommunale Einrichtungen, die dem Gemeinwohl dienen, wie Wasser- und Gaswerke mit Billigung durch Politiker veräußert, sodass sie ganz oder teilweise durch hohe Beteiligung in den Einfluss von Atomkonzernen gelangen. Damit hängt z.B. u.a. die Erhöhung der Gaspreise zusammen. Die Verbraucherzentrale Niedersachsen und der Präsident des Bundeskartellamtes, Ulf Böge, widerlegen die Behauptung, dass der Gaspreis an den Ölpreis gekoppelt ist (3).

Ein Abfallprodukt des Atomreaktors, abgereichertes Uran, wird von der Rüstungsindustrie für Waffen verwendet. Der Einsatz dieser Waffen führt zu schweren Fehlbildungen, Krebserkrankungen, Leukämien, Übersäuerung von Böden und Entmineralisierung von Pflanzen (4).

Auch über die Phosphatdüngung in der nicht-ökologischen Landwirtschaft wird die Umwelt mit Uran belastet (5).

Über 100.000 Chemikalien sind in der EU zugelassen, davon 500 Pestizide. Für über 99 Prozent dieser Chemikalien liegen keine oder mangelhafte Daten zu ihren Risiken vor (6). Sowohl durch Gebrauchsgüter, Putzmittel und Lebensmittel werden wir täglich mit Chemikalien belastet. In den letzten fünf Jahren hat sich durch die Heraufsetzung von Höchstwerten für Pestizide, auch bei besonders bedenklichen, in Pflanzenerzeugnissen in Deutschland die Belastung in Lebensmitteln um ein vielfaches erhöht. Selbst diese Höchstwerte werden in zunehmendem Maße überschritten. Vieler dieser Pestizide stehen im Verdacht Krebs und andere Krankheiten zu erzeugen (7).

Der Greenpeace-Studie „Pestizide außer Kontrolle“ bewertet die Leistung der Lebensmittelüberwachung der Bundesländer zu pestizidbelasteten Lebensmitteln mit „mangelhaft“ (8).

In Deutschland werden seit einiger Zeit Genpflanzen angebaut. Diese Pflanzen sind gegen Pflanzenvernichtungsmittel der jeweiligen Genfirma unempfindlich, welche die Unkräuter vernichten sollen. Da sich in einigen Jahren die Unempfindlichkeit gegen diese Pflanzenvernichtungsmittel auf die Unkräuter überträgt, werden noch mehr und weitere Spritzmittel benötigt. Andere Genpflanzen erzeugen ein Gift in sich, das Insekten tötet (9). Aus Versuchen mit Genpflanzen an Tieren zeigte sich, dass diese erkrankten. Genpflanzen können für Menschen allergene Stoffe produzieren. Es entsteht die Gefahr der Zunahme von Allergien (10). Inzwischen sind in Deutschland gentechnisch veränderte Pflanzen für den wirtschaftlichen Anbau zugelassen, was bisher verboten war. Der Verbraucherschutz ist nicht gewährleistet, da die Verursacher kaum zur Verantwortung gezogen werden (11).

Durch den Anbau von Genpflanzen werden die Bauern zunehmend abhängig von großen Industrien, da sie von ihnen neben dem Saatgut die jeweiligen Pestizide beziehen müssen.

Gentechnisch veränderte Pflanzen verbreiten ihre Eigenschaften durch Pollen. Diese werden von Bienen und Wind auf andere Pflanzen kilometerweit übertragen. Einmal in die Umwelt freigesetzt, sind die Eigenschaften von Genpflanzen nicht mehr rückholbar. Mehrere Konzerne vermarkten bereits weltweit genmanipulierte Nahrungs- und Futtermittel.

In den USA und in Europa fanden bereits 400 Freisetzungsversuche von genmanipulierten Pharmapflanzen statt. In Europa wird vor allem in Frankreich und in Deutschland die Entwicklung dieser Pflanzen vorangetrieben. Die EU finanziert die Entwicklung von Pharmapflanzen mit vielen Millionen Euro (12).

In die Gene von Pflanzen werden Gene von Menschen oder Tieren und pharmazeutische Stoffe (Antibiotika, Hormone u.a.) eingebaut. Die Pharmaindustrie verspricht sich davon eine Senkung ihrer Produktionskosten. Sie will auf diese Weise industrielle Stoffe und Pharmazeutika herstellen (13).

Werden Pharmapflanzen angebaut, gibt es keine Möglichkeit, die Verunreinigung der Nahrungskette und des Ökosystems zu verhindern. Es besteht die Gefahr, dass Auswaschungen ins Grundwasser gelangen, Böden, Pflanzen, Nahrungspflanzen, Tiere, besonders wildlebende Tiere, Vögel, Insekten und Menschen durch Pharmapflanzen geschädigt werden (14).

Bei der Nanotechnologie handelt es sich um winzige Teilchen, die u.a. bereits in Werkstoffen eingesetzt werden.

In der Landwirtschaft werden Pestizide (z.B.: von Bayer Crop Science und Syngenta) benutzt, die Wirkstoffe im Nanoformat einhalten. Ihre giftige Wirkung ist größer und hält länger an, als herkömmliche Pestizide. „Sie können inhaliert oder über die Haut aufgenommen werden.“ Sie dringen in die Zellen der Pflanzen ein und könnten dadurch in die Nahrung gelangen (15).

Das Zusammenwirken von radioaktiven, chemischen, genmanipulierten und nanotechnologischen Substanzen ist noch nicht hinreichend erforscht, um Schäden auszuschließen. Der Verbraucher wird auf Dauer wegen der zunehmenden Schadstoffbelastung nicht mehr die Wahl haben, sich für ein gesundes Nahrungsmittel zu entscheiden. *Dies ist ein Verstoß gegen das Grundgesetz Artikel 2/2, das jedem Bürger das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit garantiert.* Bereits jetzt ist z.B. Trinkwasser in bestimmten Gebieten mit radioaktiven, chemischen Substanzen und Arzneimitteln belastet (16). Auch aus diesem Grund ist es wichtig, das pflanzliche und homöopathische Arzneimittel, die nicht grundwasserschädlich sind, produziert, verschrieben und finanziert werden.

Laut Bundesamt für Strahlenschutz können chemische und radioaktive Substanzen auch in niedriger Konzentration zu Leukämien, Krebs und genetischen Schäden führen. In Bezug auf Radioaktivität wurde dies auch vom Bundesumweltamt und von der Internationalen Strahlenschutzkommission (ICRP) bestätigt (17).

Von 1980 bis einschließlich 2003 sind 35.367 unter 15jährige Kinder in Deutschland, soweit sie erfasst wurden, als krebserkrankt gemeldet (18).

Nach Tschernobyl sind in Weißrussland die jährlichen Neuerkrankungen an Schilddrüsenkrebs bei Erwachsenen und Jugendlichen stark angestiegen (19), in Westeuropa die Säuglingssterblichkeit und in Nordschweden die Krebserkrankungen (20).

1998 wurden die Umwelterkrankten (Chemikalien und Zahnmetallgeschädigten) von der SPD nach Bonn eingeladen. Tausende Erkrankte waren zugegen (21). Leider ist bisher von der Wirtschaft und der Politik eine Minderung der Schadstoffe weder beschlossen worden noch erfolgt.

Laut Strahlentelex mit Elektrosmogreport vom Juni 2006 will Herr Seehofer mit Hilfe von Union und SPD das Verbraucherinformationsgesetz durch weitgehende Zugeständnisse

an die Industrie praktisch abschaffen. Der Verbraucher hat nach dem Grundgesetz Artikel 2/2 ein Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Deswegen muss er sich informieren können, welche Schadstoffe in Lebens- und Futtermitteln vorhanden sind. Der Käufer muss wählen können, was er in Bezug auf seine Gesundheit und auf den Umwelt- und Menschenschutz erwerben will.

Um unsere Erde, die Pflanzen, die Tiere und die Menschen zu schützen, fordern wir von den Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik:

- Den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie und gleichzeitig die zunehmende Nutzung und Förderung erneuerbarer Energien (Wind, Solar, Wasserkraft u.a.).
- Keine Freisetzung von radioaktiven Abfällen in den Umwelt- und Lebensbereich
- Keine Verwendung vom abgereichertem Uran in Waffensystem u.a.
- Das Verbot von Genmanipulation und Nanotechnologie in der Landwirtschaft und zugleich die sofortige verstärkte Förderung und Verbreitung des ökologischen Landbaus, da dieser zu Erhaltung der Natur und Gesundheit notwendig ist.
- Das Verbot des Anbaus von genmanipulierten Pharmapflanzen.
- Dass Technologien nur dann angewendet werden dürfen, wenn gesundheitliche Gefahren für Menschen und Tiere auf Dauer ausgeschlossen werden können.
- Dass neue Techniken, deren Risiken noch nicht ausreichend erforscht sind, nicht ohne Wissen der Bevölkerung für die Produktion u.a. von Lebensmitteln und Gebrauchsgütern angewandt werden dürfen.
- Dass Politiker nicht zulassen, das die kommunalen und städtischen Gas- und Wasserwerke privatisiert werden.
- Dass die Verursacher für ihre Schäden aufkommen und zur Verantwortung gezogen werden.
- Dass das Verbraucherinformationsgesetz nicht beseitigt oder verwässert werden darf, und die derzeit bestehenden Einschränkungen verbessert werden müssen.
- Dass die pflanzlichen und homöopathischen Arzneimittel in ihrer gesundheitsfördernden Wirkung mehr anerkannt, gefördert und von den Kassen die Kosten dafür erstattet werden.
- Eine zukunftsfördernde, ökologische Industrie.

Von den Verbrauchern wünschen wir uns, dass sie ökologischen Strom beziehen (eine Liste ökologischer Stromanbieter finden Sie unter www.sofortiger-atomausstieg.info), ökologische Lebens-, Putz-, Waschmittel und Kosmetikartikel verwenden, um die Umwelt und sich selbst zu schützen.

Wir empfehlen für die eigene Gesundheit Sorge zu tragen und pflanzliche und homöopathische Arzneimittel vorzuziehen.

Bitte unterstützen Sie und beteiligen sich an friedlichen Aktionen, die auf Umweltbelastungen und Schädigungen von Umwelt, Tieren und Menschen aufmerksam machen.

Das Infoblatt „Unsere Lebensgrundlagen Boden, Luft, Wasser und Lebensmittel werden zunehmend mit Schadstoffen belastet“ wurde von der Initiative für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie (www.sofortiger-atomausstieg.info) erstellt.

Kontakt, Impressum und verantwortlich:

Helga Linsler, Am Fuchsbau 12, 29331 Lachendorf, Tel.: 05145-939332

Unterstützer:

- contrAtom, www.contrAtom.de
c/o Jan Becker, Am krummen Deich 20, 21423 Winsen/Luhe

Quellenverzeichnis

- (1) Veröffentlicht im Bundesgesetzblatt vom 26. Juni 2001, Nr. 38, S. 1769 sowie im Bundesgesetzblatt vom 28. Mai 2001, Teil 1 Nr. 24, S. 958-980 § 7 Anlage 3; weitere Informationen: www.sofortiger-atomausstieg.info
- (2) Umweltinstitut München, Umweltnachrichten 87/2000: Künftig auch Radioaktivitätsgrenzwerte im Trinkwasser; Th. Dersee, Berlin, Strahlentelex mit Elektrosmogreport Nr. 360-361/2002, S. 4
- (3) Verbraucherzentrale Niedersachsen, Grundsatzinformation: Sind Gaskunden den Preiserhöhungen wehrlos ausgeliefert? Ist der Gaspreis rechtsverbindlich an den Erdölpreis gekoppelt? S. 5/9, Stellungnahmen auch unter: www.bundeskartellamt.de
- (4) Dr. med. Ralf Cüppers, Prof. Dr. Dr. med. habil. Siegward Horst Günther (Hrsg.): Urangeschosse; Hg.: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen, S. 8/9
Prof. Dr. Dr. Ewald Schnug, Institut für Pflanzenernährung und Bodenkunde, Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL), Braunschweig: „Metal of dishonor“ – Munition aus abgereichertem Uran (DU) verseucht Böden in Krisengebieten.
- (5) Inge Lindemann: „Schwer zu schlucken – keine Entwarnung für Uran in Trinkwässern“ (Eintragswege in Luft, Oberflächenwasser, Böden sind natürliche uranhaltige Gesteinsvorkommen, Einträge von Uran aus Bergbau, Ressourcenverarbeitung und Landwirtschaft (Phosphatdünger); Strahlentelex, Berlin, 05.05.2005
- (6) Greenpeace: Chemie-Politik gegen Gifte - Mensch und Umwelt vor Giften schützen: Großversuch am Menschen
- (7) Greenpeace: Pestizide am Limit, Fazit und Empfehlungen, S. 42
- (8) Pestizide außer Kontrolle II, Bewertung der Lebensmittelüberwachung in Deutschland für Pestizidbelastung in pflanzlichen Lebensmitteln 2006, Studie im Auftrag von Greenpeace e.V.
- (9) BUND, Freunde der Erde: Informationen für Bäuerinnen und Bauern zum Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft: Mit welchen Eigenschaften sind gentechnisch veränderte Pflanzen ausgestattet? S. 4
- (10) Umweltinstitut München: Wir wissen nicht, was wir tun... aber wir fangen schon mal an. Flyer, S. 2
- (11) 3. Gesetz zur Änderung des Gentechnikgesetzes vom 17. März 2006, § 28a (3). Informationen dürfen nicht veröffentlicht werden (1., 2., 3., 4.).

Neues Gentechnikgesetz ignoriert die Informationsrechte der Öffentlichkeit, Heike Moldenhauer, BUND Gentechnikexpertin (Info-Blatt),
www.gentechnikfreie-regionen.de

- (12) Umweltinstitut München: Wachsende Gefahr Pharmapflanzen, Flyer, S. 2
- (13) Umweltnachrichten, Informationsbrief des Umweltinstituts München e.V., Heft 102, Dez. 2005, Transgene Pharma-Pflanzen, Andreas Bauer, S. 38
- (14) Umweltinstitut München: Wachsende Gefahr Pharmapflanzen, Weizenfeld, Maisfeld, Pillenfeld. Flyer, S. 3
- (15) Umweltnachrichten, Informationsbrief des Umweltinstituts München, Heft 102, Dez. 2005, S. 20: Nanopartikel in der Landwirtschaft
- (16) Siehe Quelle 5.: Aspirin in Wasser; Große Studie des Umweltbundesamtes, in: Schrot & Korn, Juli 2003, S. 30/31; Strahlentelex, Berlin, Februar 2006: Bergbaubedingte Beeinflussung von Uran im (Trink-) Wasserkreislauf am Beispiel der Bergbauregion Ronneburg